



JEVP STEHT VOR DER GRÜNDUNG

(nh). Unser Bild ist am Kreativtreffen zur Gründung der Jungen EVP am 6. März in Aarau entstanden, zu dem alle EVP-Mitglieder unter 30 Jahren und weitere Interessierte eingeladen waren. Auf dem Bild begrüsst Parteipräsident Ruedi Aeschbacher Zentralvorstand und Nachwuchs zur gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung. Nach reger Diskussion ist man übereingekommen, die JEVV keinesfalls als Konkurrenz zur Mutterpartei zu konzi-

pieren: die Gründung von eigenen Ortsgruppen ist nicht vorgesehen, wer sich lokal engagieren möchte, soll das in den Gremien der Mutterpartei tun. Auch die Mitgliedschaft soll so ausgestaltet werden, dass jedes JEVV-Mitglied automatisch auch in die Mutterpartei aufgenommen wird. Schliesslich wurde eine Spurguppe von sieben jungen EVP-Mitgliedern mit der Planung der Gründungsveranstaltung beauftragt, welche am 21. August im An-

schluss an die DV der EVP Schweiz in Schaffhausen über die Bühne gehen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Statuten entworfen und abgesegnet und ein Internetauftritt aufgeschaltet werden. Wer ab sofort über die Aktivitäten der JEVV informiert werden möchte, schreibe ein (leeres) E-Mail an die untenstehende Adresse:

JEVP-subscribe@yahoogroups.de

Einladung und Anmeldung zur Delegiertenversammlung

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP der Schweiz, Samstag, 21. August 2004, 10.15 bis 13.00 Uhr im Restaurant Altes Schützenhaus in Schaffhausen.

Geschäfte (Entwurf einer Tagesordnung):

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 3 Abstimmungsvorlagen für den 26. September 2004
- TOP 4 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

Mit freundlichen Grüssen und bis bald in Schaffhausen
EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ EVP

Der Zentralpräsident Ruedi Aeschbacher
Der Generalsekretär Joel Blunier

P.S.: Am Nachmittag findet die Gründung der Jungen EVP der Schweiz statt!

Ich melde _____ (Anzahl) Personen für die Delegiertenversammlung vom 21. August 2004 an.

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Bis am 16. August einsenden an:
EVP der Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8023 Zürich
Telefon 01 272 71 00
info@evppev.ch

NEIN ZUM STEUERPAKET

An der 85. ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz wurden die Nein-Parolen zum Steuerpaket und der 11. AHV-Revision beschlossen. Umgekehrt stiess die Anhebung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung von AHV und IV auf Zustimmung.

VON NIKLAUS HARI

Während Nationalrat Bruno Zuppiger (SVP, ZH) aus demographischen Gründen für ein Eintreten auf die AHV-Revision warb und die Anhebung der Mehrwertsteuer als überflüssig taxierte, vertrat EVP-Nationalrat Heiner Studer (AG) die entgegengesetzte Position: die 11. AHV-Revision sei aufgrund der fehlenden sozialen Abfederung des Vorbezugs zu unflexibel ausgefallen, insbesondere die IV hätte aber die zusätzlichen Mittel, welche durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer erhoben werden könnten, dringend nötig. Die Delegierten liessen sich von Studer überzeugen und fassten mit 84 zu 47 Stimmen die Nein-Parole zur AHV-Revision, während sie die «Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze» mit 103 zu 32 Stimmen guthiessen.

Umstrittenes Steuerpaket

Für eine ebenfalls rege, parteiinterne Diskussion sorgte das Steuerpaket: Nationalrat Walter Donzé (EVP BE) vertrat die ablehnende Haltung der EVP-Nationalräte («ein unverschämter Angriff der Steuersenkungsideologen»), während der Zürcher EVP-Kantonalpräsident Dr. Peter Schächli auf die längst fällige Gelegenheit zur Korrektur der Familienbesteuerung hinwies. Zudem bringe das Paket mit dem Verzicht auf die Besteuerung des Eigenmietwerts den von

der EVP schon seit Jahren geforderten Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung. Donzé betonte hingegen, dass es sich beim



Der Jongleur Benjamin Küttel warf mit Bällen um sich – «wie es die Steuerpaket-Experten mit den Zahlen tun.»

Steuerpaket nach dem Entlastungsprogramm um die nächste unkoordinierte Abwälzung zu Lasten der Kantone handle. Donzés Rat, wie

mit solchen bürgerunfreundlichen und volksfernen Multipaketen zu verfahren sei, wo man das Eine ohne das Andere nicht haben kann («Zurück an den Absender!»), wurde nach intensiver Diskussion von den Delegierten beherzigt: Sie fassten mit 118 zu 18 Stimmen die Nein-Parole zum Steuerpaket.

Diskussionslose Wiederwahl

Am Nachmittag stand die Wahl des Parteipräsidenten auf dem Programm: erfreulicherweise stellte sich Ruedi Aeschbacher für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung. Vizepräsident Walter Donzé bezichtigte sich des Rosinenpickens: schliesslich falle ihm mit dem Vorschlag von Ruedi Aeschbacher zur Wiederwahl angesichts dessen Verdienste eine äusserst erfreuliche Aufgabe zu. Auch der erneuerte und auf 44 Personen aufgestockte Zentralvorstand wurde ohne Gegenstimme gewählt, auch wenn der mit 30 Prozent etwas tiefe Frauenanteil bemängelt wurde. Ob die Wahl der 25-jährigen Daniela Schenk aus Langendorf SO in die Geschäftsleitung der EVP der Schweiz die diesbezügliche Enttäuschung etwas zu lindern vermag?

Ebenfalls ohne Gegenstimme genehmigt wurden die Jahresrechnung 2003 und das Budget 2005: der Zentralbeitrag wurde unverändert bei zwei bis drei Promille des Jahreseinkommens belassen.

KOMMENTAR

Wann haben Sie zum letzten Mal in den Medien so viel über Jesus gelesen und gehört wie in diesen Tagen? Der Film «Die Passion Christi» polarisiert wie kaum ein anderer zuvor. Während die christlichen Gemeinden ein Revival des Glaubens wittern, lassen die Medien kaum ein gutes Haar an diesem Film. Man mag ob der bis ins Detail gezeigten Folterungs- und Kreuzigungsszenen geteilter Meinung sein. Tatsache ist, – und das ist die zentrale Aussage christlichen Glaubens – dass Jesus Christus für die Sünden der Menschheit ans Kreuz genagelt wurde. Als politisch relevant würde ich den Film nicht beitelten. Auch antisemitische Tendenzen konnte ich keine feststellen. Hingegen denke ich, dass wir als politisch agierende Christen von der Person Jesu einiges lernen können. So war ich tief betroffen über seine Aufopferungsbereitschaft, Hingabe, Demut, grenzenlose Nächsten- und auch Feindesliebe und seinen eisernen Durchhalten. Sein Festhalten am gottgegebenen Auftrag war beispiellos. Diese gesellschaftsverändernden Charaktereigenschaften sind heutzutage alles andere als «in». Für mich ist eines klar: als Partei, die sich bereits im Namen auf die frohe Botschaft Jesu Christi beruft, sind wir verpflichtet, diese Charaktereigenschaften im politischen Umfeld praktisch zu leben.

Joel Blunier

Steuerpaket und Familie

Am 3. April haben die Delegierten der EVP das Steuerpaket abgelehnt. Mit erdrückender Mehrheit. Im ersten Moment erstaunlich. Denn das Steuerpaket verspricht ja auch Erleichterungen für die Familien. Lässt die EVP die Familien im Stich?

Keineswegs! Die EVP nimmt aber das E in ihrem Namen ernst und will es in ihrer politischen Arbeit umsetzen. Allerdings enthält die Bibel keine konkreten Abstimmungsempfehlungen. Jedoch gibt das Evangelium eine unmissverständliche Leitlinie für unsere Arbeit und Entscheide: Gerechtigkeit. Lösungen, hinter die wir uns stellen, müssen gerecht sein. Nicht nur für einige wenige, sondern für unser ganzes Volk.

Dies trifft beim Steuerpaket nicht zu: Reiche sowie Haus- und Wohnungseigentümer profitieren unverhältnismässig stark, nicht aber Personen und Familien mit kleineren und mittleren Einkommen. Fazit: einmal mehr Umverteilung von unten nach oben. Dies ist unfair, unsozial und ungerecht. Und wird nicht dadurch aufgezwungen, dass wenigstens bei der Familienbesteuerung eine Verbesserung erreicht würde.

Konsequent und gradlinig also das EVP-Nein, welches übrigens einmal mehr den Unterschied zur slalomfahrenden und auf allen Schultern Wasser tragenden C-Partei aufzeigt. Wir sind aber nicht einfach Nein-Sager. Darum werden die EVP-Nationalräte nach Ablehnung des Steuerpakets dessen gute und gerechte Teile sofort wieder auf die politische Agenda setzen. Dies ist ehrliche Familienförderung im Rahmen einer konsistenten, umfassenden EVP-Gerechtigkeitspolitik.



Ruedi Aeschbacher
Zentralpräsident EVP

«Gute Erziehung entscheidet über den Erfolg der Schule mehr als jede noch so raffinierte Methodik. Diese Botschaft ist bisher von den Lehrerbildungsanstalten weitgehend ausgeblendet worden. Es muss alles getan werden, um die Eltern zur erzieherischen Mitarbeit zu bewegen.»

Hanspeter Amstutz, Zürcher EVP-Kantonsrat und Sekundarlehrer im Bausteine-Gespräch mit Fritz Imhof über die Zukunft der Volksschule

«Wenn der Sport nur dadurch existieren und gedeihen kann, dass man Geld über die Alkoholwerbung und womöglich auch noch über die Raucherwerbung holt, dann ist es mit diesem Sport nicht weit her.»

Ruedi Aeschbacher (EVP ZH) am 3. März im Nationalrat zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes und für die Beibehaltung des Werbeverbotes

PAROLEN DER EVP

gefasst am 3. April in Zürich
von der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz

Steuerpaket	NEIN
11. AHV-Revision: Änderung des Bundesgesetzes über die AHV	NEIN
Anhebung der Mehrwertsteuersätze: Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV	JA

INHALT

Interview mit Markus Kaltenrieder: Auf der Suche nach vergessenen Guthaben	3
Abstimmungsvorlagen I: Steuerpaket	4
Abstimmungsvorlagen II: AHV-Revision und Anhebung der Mehrwertsteuer	5
Wettbewerb: Mitglieder werben Mitglieder	6
Die Politik der Mitte: Neue Werte für die EVP	7

GELDERN NACHSPÜREN

Die vergessenen Pensionskassengelder sind ein noch wenig bekanntes Phänomen. Markus Kaltenrieder aus Frutigen spürt den unbekanntem Guthaben nach.

VON NIKLAUS HARI

Markus Kaltenrieder, Du leitest seit Jahren die AHV-Zweigstelle der Gemeinde Frutigen. Wie steht es um die erste Säule?

Die AHV verfügt über eine gut funktionierende Organisation mit einem entsprechenden Beratungsstandard. Die Zweigstelle Frutigen nimmt Anmeldungen und Gesuche für Beiträge und Leistungen entgegen. Eine wichtige Aufgabe ist die Bearbeitung von Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Renten.

Daneben hast Du Dich auf die Suche nach vergessenen Pensionskassenguthaben spezialisiert.

In den 342 000 Freizügigkeitskonti haben sich in den vergangenen Jahren über 2.4 Milliarden Franken angesammelt. Meine Erfahrung hat mir gezeigt, dass viele Menschen schlecht informiert sind und sich deshalb ungenügend für ihre Ansprüche einsetzen. Oft handelt es sich dabei gerade um jene Personen, denen Gelder aus Pensionskassen oder Freizügigkeitskonten zustehen würden. Im Jahr 2002 habe ich in elf Fällen Nachforschungen angestellt: So sind über 500 000 Franken zusammengekommen.

Nun hast Du fast so etwas wie einen sechsten Sinn für die verlorenen Gelder entwickelt.

Die Intuition ist tatsächlich wichtig. Wenn jemand auf der Gemeinde eine AHV-Rente anmelden kommt, frage ich oft, ob er auch an die Pensionskasse gedacht habe. Höre ich dann, dass die betroffene Person den Kontakt mit dem letzten Arbeitgeber nicht mehr pflegt oder es diesen gar nicht mehr gebe, werde ich hellhörig: Das ändert nichts an der Tatsache, dass diesen Menschen Pensionskassengelder zustehen! Aufmerksam werde ich erst recht bei Individuen mit häufi-



Markus Kaltenrieder spürt den vergessenen Guthaben nach.

gen Stellenwechseln, Unterbrüchen durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, selbständiger Berufsausübung, Auslandsaufenthalten oder IV-Rentenbezügen: sie fühlen sich vom Sozialversicherungsdschungel oft überfordert.

Werden diese Gelder aufgespürt, spart auch der Steuerzahler Geld.

Natürlich! Nicht selten können mit den aufgespürten Pensionskassenguthaben Fürsorgengelder oder Ergänzungsleistungen zurückbezahlt werden. Hier spürt man die fehlende Leistungscoordination: erst müssten alle versicherten Ansprüche ausgenutzt werden, bevor öffentliche Gelder angezapft werden. Das Prinzip der Leistungssubsidarität kommt ungenügend zum tragen.

Wie kommt es überhaupt zu diesen vergessenen Guthaben?

Die Pensionskassengelder sind sogenannte Holguthaben: der Leistungsempfänger muss sich um sie bemühen. Und dies nicht erst nach der Pensionierung: Wenn jemand den Arbeitgeber wechselt, muss innerhalb von zwei Jahren der alten

Kasse die neue mitgeteilt werden: andernfalls fliesst das Geld in die Auffangeinrichtung. Während die AHV gut organisiert ist, steht es schlecht um die Koordination der über 12 000 Pensionskassen in der Schweiz.

Die Politik unternimmt nichts?

Auf eine Interpellation von SP-Nationalrat Rechsteiner hin hat 1999 die Zentralstelle 2. Säule ihren Betrieb aufgenommen: sie fungiert als Verbindungsstelle zwischen den Vorsorgeeinrichtungen, den Einrichtungen, welche Freizügigkeitskonten führen, und den Versicherten. Mit Hilfe der zentralen Ausgleichsstelle AHV wird anschliessend versucht, berechnete Personen zu identifizieren und zu lokalisieren.

Markus Kaltenrieder

Alter: 61 Jahre
Zivilstand: verheiratet, 3 erwachsene Söhne
Beruf: Kaufmännischer Angestellter, seit 1978 bei der Gemeinde Frutigen, dort seit 17 Jahren AHV-Zweigstellenleiter.
Kirche: Heilsarmee Frutigen
Hobbies: Natur, Musik, Reisen

ren. Der Datenaustausch zwischen diesen Stellen müsste meiner Ansicht nach aber weiter verbessert werden.

Hast Du weitere Änderungsvorschläge am Sozialversicherungssystem?

Es würde etwas bringen, wenn die Pensionskassen nur schon eine einheitliche Karte einführen würden, ähnlich dem AHV-Ausweis: Sofort wäre ersichtlich, bei welchen Kassen Konten bestanden haben. Beim jetzigen Loseblattsystem geht zu schnell etwas vergessen. Da es aber immer Schwachstellen geben wird, ist die Ausbildung der zuständigen Behörden zu verbessern. Hier fehlen übergreifende Schulungsangebote: Es gibt kaum Fachliteratur, die Praxisseite bleibt völlig unberücksichtigt.

Du hast im Kanton Bern eine Pionierfunktion inne. Wie profitieren andere von Deinem Wissen?

Ich muss tatsächlich etwas anpassen, dass ich nicht als Missionar in Sachen Pensionskassenguthaben abgestempelt werde, den am Schluss niemand mehr ernst nimmt. Bereits habe ich einige Kurse für andere Zweigstellenleiter angeboten und meine Kollegen auf die Problematik aufmerksam gemacht. Zuzeit prüfe ich eine Firmengründung mit dem Ziel, professionelle Schulungen anzubieten und auch die individuellen Nachforschungen bekannt zu machen.

Während andere in Deinem Alter etwas kürzer treten, gründest Du mit 61 Jahren noch eine Firma.

Ja, aber was hätte ich sonst tun sollen? Dass kaum jemand etwas in dieser Sache unternimmt, hat mich zu nerven begonnen. Es ist wohl mein EVP-Herz, das mich zum Handeln gezwungen hat.

Glauben ist trendy

Christsein ist in, ist trendy. Häufiger denn je wurde während den letzten Monaten darüber gesprochen, gefilmt und recherchiert. Beispielsweise mit «The Passion of Jesus Christ». Für die einen ein Kunstwerk, für die anderen eine schlechte Abkürzung der Jesus-Biografie und wieder andere wissen gar nicht mehr, wer Jesus eigentlich war. Noch schwieriger hat es da «Luther». Auch dieser Film zeigt nur einen kleinen Teil der Biografie des Reformators. Und dann gibt es noch die vielen Promis, die sich gerne Christen nennen. Darüber reden sie dann mehr oder weniger nachvollziehbar. Ein positives Highlight war in den vergangenen Wochen «unsere Carmen». Sie sang sich mit Powerstimme in den schweizerischen Musikhimmel und eroberte mit ihren tränen Sprüchen einen Platz in vielen Herzen. Ihre Aussagen über ihre persönliche Gottesbeziehung hatten erfrischenden Diesseits-Charakter, so nach dem Motto: «Jo, i gloobe a Gott – und – häsch es Problem?» Keine ausführlichen Erklärungen zu Sex vor, während oder nach der Ehe, keine verbal abgehobenen Jenseitsströmereien. Nein, kurz, knapp und «fadegraad», wie es sich für eine Rheintalerin gehört. Ob über Carmen Fenk auch mal ein unvollständiger Film gedreht wird, eine Biografie, in der nicht alles gesagt wird? Im Moment freue ich mich einfach über eine positive Persönlichkeit, die verstanden hat, was Jesus am Kreuz für sie getan hat und die Tatsache nutzt, dass man die Bibel in eigener Sprache lesen kann.

Verena Birchler,
Kommunikations-Designerin



ZURÜCK AN DEN BUND!

Das Steuerpaket: Unausgegoren, überhastet nachgebessert und Steuererhöhungen in Kantonen und Gemeinden bewirkend. Da bleibt nur eines: Zurück an den Absender!

VON WALTER DONZÉ,
NATIONALRAT

Als «schwer verdauliche Kost», «Zeitbombe», «Hauruck-Übung», «Mogelpackung» und «Plünderung des Fiskus» wird eine Vorlage öffentlich bezeichnet, die eigentlich dem Bürger und Steuerzahler das Leben erleichtern sollte. Genau besehen, präsentiert sich das Steuerpaket als eine schwere Kette – und das für die Familien wie auch für die Wirtschaft.

Beim Aushandeln des Steuerpakets im Jahr 2001 hätte es nach dem Willen des damaligen Finanzministers Villiger bloss Gerechtigkeit für Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren bringen sollen. Zudem wollte er den Erlass der Umsatzabgabe auf international gehandelte Wertpapieren ins ordentliche Recht überführen. Schliesslich hängt der Nationalrat noch eine dritte Vorlage an, die Wohngebäudebesteuerung inklusive Bausparmodell. Nun kann man nur noch zum ganzen Multipack ja oder nein sagen.

Mittlerweile verwandelte sich die Schönwetterlage bei den Bundes-

finanzen in ein bedrohliches Sturmteufel. Dass voraussichtlich im Jahr 2007 die Anpassung der Steuertarife an die Teuerung (Ausgleich der kalten Progression) fällig würde, beachteten weder die gierigen Steuersenker noch die auf Abwehr bedachte Finanzdirektion. Das Parlament stand vor der peinlichen Alternative: entweder noch mehr Ausfälle (gleich zusätzliche Verschuldung) oder ein Steuerpaket, das unter dem Strich keine Entlastung gebracht hätte. Letzteres wollten sich die Bürgerlichen nicht gefallen lassen. Sie wollen die Progression «pro rata» ausgleichen.

Was bringt das Steuerpaket?

Bei Annahme des Steuerpakets würden Ehepaare künftig im sogenannten Teilsplitting besteuert. Ihr Einkommen wird addiert und durch 1.9 geteilt. Dafür fällt der Zweitverdienerabzug weg. Haushalt-, Alleinerzieher- und Kinderabzug werden merklich erhöht. Die Massnahme schafft längst fällige Gerechtigkeit zwischen Ehepaaren und Konkubinatspartnern. Eine gerechtere Familienbesteuerung ist ein vordringliches Anliegen für die EVP. Mit dem Verzicht auf die

Umsatzabgabe (Stempel) soll der Abwanderung von Börsengeschäften, von Know How und Arbeitsplätzen ins Ausland vorgebeugt werden. Diese Massnahme wurde bisher im Dringlichkeitsrecht ausgeübt.

Beim Wohneigentum soll der unbeliebte Eigenmietwert wegfallen. Grosszügige Abzüge für Unterhalt (volkswirtschaftlich erklärbar), aber verhängnisvollerweise während einer langen Übergangsphase auch für Schuldzinsen schaffen eine gravierende Ungerechtigkeit zwischen Eigentümern und Mietern. Ein Modell für steuerprivilegiertes Bausparen rundet das Angebot ab.

Berechnungen zeigen, dass Familien mit Kindern erst bei einem Einkommen von CHF 100 000 merklich profitieren. Die Vergünstigung ist relativ klein: Sie beträgt zwischen 0 und 200 Franken für eine Familie mit zwei Kindern. Es profitieren vor allem die höchsten Einkommen. Dagegen dürften Steuerausfälle in Kantonen und Gemeinden zu einem Leistungsabbau in der Bildung, dem Gesundheitswesen, der Fürsorge, der inneren Sicherheit und dem Verkehr oder aber zu Steuererhöhungen führen. Enttäuschungen sind vorprogrammiert.

Was kostet das Steuerpaket?

Das gesamte Paket kostet Bund und Kantone je nach Bemessungsjahr zwischen 2 und 2.5 Milliarden Franken. Die Kantone rechnen bereits mit insgesamt 4 Milliarden. Bundesrat Villiger war davon ausgegangen, dass 1.7 Milliarden verkraftbar wären – aber das war noch vor dem überraschenden Einbruch der Steuererträge Ende 2002. Schliesslich ergriffen die Kantone das Referendum – zum ersten Mal in der Geschichte unseres Bundesstaats. Mit der Neinparole zeigt die EVP, wie mit solch unausgegorenen Multipaketen zu verfahren ist: Zurück an den Absender!



Befürchten hohe Steuerausfälle bei Bund und Kantonen: die EVP-Nationalräte Ruedi Aeschbacher und Walter Donzé.

ZU UNFLEXIBLE REVISION

Die 11. AHV-Revision sieht Entlastungen im Umfang von knapp einer Milliarde Franken vor. Zur Hauptsache wird dies erreicht durch die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre, was im Sinne der Gleichstellung richtig ist. Schmerzlich vermisst wird hingegen die Abfederung des Vorbezugs bei tiefen Einkommen.

VON HEINER STUDER,
NATIONALRAT

Mit der 11. AHV-Revision wird das ordentliche Rentenalter für Frauen ab 2009 auf 65 Jahre festgelegt. Dies bedeutet Mehreinnahmen für die AHV von 445 Millionen Franken. Männer und Frauen können insgesamt 36 ganze oder 72 halbe Monatsrenten vorbeziehen, also ab dem 59. die halbe oder ab dem 62. Altersjahr die ganze Altersrente beziehen. Die Kürzung der Rente erfolgt nach versicherungstechnischen Kriterien. Als Ergänzung zum erleichterten Vorbezug, der den Frauen mit der 10. AHV-Revision zugestanden wurde, können Frauen der Jahrgänge 1948 bis und mit 1952 zwölf ganze Monatsrenten mit dem bevorzugten Kürzungssatz von 3.4 Prozent vorbeziehen.

Neu sind ein Aufschub der halben Jahresrente sowie ein unterjähriger Aufschub möglich. Durch den Aufschub erhöht sich die Rente für den Rest des Lebens.

Sparpotential 1 Milliarde

Die Revision kürzt die Renten von Witwen ohne Kinder beziehungsweise mit Kindern mit bereits beendeter Ausbildung. Über den Zeitraum von 15 Jahren wird zudem die Witwen- und Witwerrente schrittweise von 80 auf 60 Prozent der Altersrente gesenkt. Daraus ergeben sich Einsparungen von 250 Millionen Franken.

Neu werden die Renten entweder alle drei (bisher alle zwei) Jahre der Lohn- und Preisentwicklung angepasst, oder sobald die Teuerung seit der letzten Anpassung vier Prozent überstiegen hat. Das ergibt Einsparungen von 150 Millionen Franken. Bei den erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentnern wird der Freibetrag von monatlich 1400 Franken

aufgehoben. Daraus ergeben sich Mehreinnahmen von 200 Millionen Franken, abzüglich der 120 Millionen Franken, welche für die Verbesserung der Renten der Erwerbstätigen im AHV-Alter verwendet werden sollen.

Insgesamt würde die Entlastung bei einer Annahme der 11. AHV-Revision 925 Millionen Franken pro Jahr betragen.

Fehlende Abfederung

Die Erhöhung des Rentenalters im Sinne der Gleichstellung ist richtig. Die Anpassung der Witwen- und Waisenrenten kann mitgetragen werden. Zu unterstützen ist die volle Beitragspflicht für AHV-Rentnerinnen und -Rentner.

Der grosse Kampf bei der 11. AHV-Revision war die Frage der Abfederung des Vorbezugs. Aus Sicht der EVP hätten zumindest 400 Millionen Franken dafür eingesetzt werden sollen, dass die AHV-Renten tiefer Einkommen bei einem Vorbezug nur in bescheidenem Umfang reduziert werden müssen. Ohne diese Abfederung wird die Flexibilisierung für zu viele Menschen zu einer Unmöglichkeit, da sie diese Reduktion nicht verkraften können.

Namens der EVP-Vertreter reichte ich im Nationalrat einen Vorstoss ein, welcher bei der nächstmöglichen Revision eine richtige Flexibilisierung erreichen will. Diese Motion wurde als Postulat überwiesen und muss deshalb geprüft werden.

Abzulehnen ist zudem die neu vorgeschlagene Teuerungsanpassung alle drei statt wie heute alle zwei Jahre. Insgesamt überwiegen die Nachteile der Vorlage, weshalb sie von der EVP zur Ablehnung empfohlen wird.



Jung und Alt verköstigen sich in der ETH Hönggerberg: Die AHV ist Ausdruck der Solidarität zwischen den Generationen.

FINANZIERUNG SICHERN

Um die Finanzierung der AHV mittelfristig zu sichern, soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent bis 2015 ermöglicht werden.

VON HEINER STUDER,
NATIONALRAT

Ab 2009 werden zusätzliche Mittel für die AHV erforderlich sein. Bis 2015 soll deshalb die Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent vorgesehen werden, was Mehreinnahmen in der Höhe von 2.9 Milliarden Franken bringen würde. Dieses Mehrwertsteuerprozent würde indessen nur dann erhoben, wenn es aufgrund der Finanzlage der AHV notwendig würde. Ein entsprechen-

des Gesetz wird dem fakultativen Referendum unterstellt.

Die Invalidenversicherung muss finanziell konsolidiert werden. Deshalb ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.8 Prozent unerlässlich, um den unmittelbaren Bedarf der IV decken zu können. Für die IV würden ab dem Jahr 2005 jährlich rund 2 Milliarden Franken Mehreinnahmen resultieren. Aufgrund der wachsenden Defizite braucht die IV dieses Geld dringlich.

Die Vorlage wird von der EVP der Schweiz unterstützt.

Wer wirbt gewinnt!

(jb). Die EVP ist eine Mitgliederpartei. Knapp 4200 Mitglieder bilden das Rückgrat der EVP. Aus diesem Grund gehört die Mitgliederwerbung zu unserer permanenten Aufgabe. Seit dem 1. April läuft wieder ein Mitgliederwerbettbewerb mit attraktiven Preisen (Ferien- und Reisegutscheine). Das Prinzip ist einfach: Jedes EVP-Mitglied wirbt innerhalb eines Jahres ein einziges Mitglied. Gelingt dies, haben wir unsere Basis auf einen Schlag verdoppelt. Was uns ungeahnte Möglichkeiten eröffnen würde. In erster Linie würden die zusätzlichen Mitgliederbeiträge die finanzielle Basis zur Verbesserung von Dienstleistungen aller Art und zur Professionalisierung der Parteiarbeit bilden. Im Durchschnitt bezahlt ein EVP-Mitglied 100 Franken Zentralbeitrag. Rechnen Sie selbst!

Mehr Mitglieder zu haben, bedeutet aber auch einen Anstieg der politischen Wahrnehmung, ein Imagegewinn, eine grössere Stammwählerschaft, eine lebendigere Partei, die Steigerung des Zusammengehörigkeitsgefühls, die Bearbeitung neuer Bereiche (z.B. Kommissionen) und die Chance, die Parteiarbeit auf mehr Personen zu verteilen. Und dass damit auch die Auswahl bei der personellen Besetzung von Ämtern und Mandaten grösser wird, versteht sich von selbst. Diese Vorteile gelten übrigens nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für Kantonal- und Kommunalparteien.

Sind das nicht genügend Gründe, neue Mitglieder zu werben? Legen Sie noch heute los! Die neu lancierte, zwei-sprachige Beitrittserklärung (inkl. 10 Gründen, der EVP beizutreten) erhalten Sie ab dem 1. Mai auf dem Generalsekretariat. Weitere Informationen zum Wettbewerb unter: www.evpppv.ch/mitgliederwerbung.pdf.

EVP WIRD BILINGUE

Während die Gründung der EVP Waadt beschlossene Sache ist, wird im Kanton Neuenburg nach interessierten Personen gesucht.

(nh). Bei den im Frühsommer anstehenden kommunalen Wahlen im Kanton Neuenburg möchte sich auch die EVP in einigen Gemeinden beteiligen. Momentan wird via Medien nach interessierten Personen gesucht. Wer solche kennt oder weitere Informationen benötigt, wende sich unter ramartin@net2000.ch an Raymond Martin, Kontaktperson

der EVP im Kanton Neuenburg. Im Mai wird die EVP des Kantons Waadt unter dem Kopräsidium von François Bachmann und Roland Oppliger gegründet werden. Zur Unterstützung der jungen Kantonalparteien wird noch immer nach einem secrétaire romand gesucht, aber auch die Adressen von potentiellen Mitgliedern sind erwünscht.

WAHLEN OSTSCHWEIZ

SITZGEWINN VERPASST

Die EVP hat im Kanton St. Gallen wiederum zwei Sitze erreicht, aber im Kanton Thurgau einen weiteren verpasst.

(nh). Bei den Kantonsratswahlen im Kanton St. Gallen wurden mit Reto Denoth und Hans Oppliger die beiden Bisherigen der EVP wiedergewählt. Weniger erfreulich präsentiert sich das Resultat im Kanton Thurgau: Während die vier übrigen Bisherigen im Amt bestätigt wur-

den, wurde mit Regula Strecken (Bezirk Arbon) die Fraktionspräsidentin abgewählt. Wäre die EVP eine Listenverbindung mit der EDU eingegangen, hätte nicht nur ihr Sitz gerettet, sondern auch einer im Bezirk Bischofszell hinzugewonnen werden können.

TERMINE

- | | |
|--------------------|--|
| 24. April 2004 | EVP Frauen Schweiz, Impulstagung in Aarau: «Wie lernen wir – Sprachen in der Schule» |
| 8. Mai 2004 | EVP der Schweiz: Ortsparteienkonferenz (OPK): abgesagt |
| 16. Mai 2004 | Volksabstimmung |
| 19. Juni 2004 | EVP der Schweiz, Aarau: Zentralvorstand |
| 21. August 2004 | EVP der Schweiz, Schaffhausen: 2. ausserordentliche Delegiertenversammlung |
| 21. August 2004 | JEVP der Schweiz, Schaffhausen: Gründung der Jungen EVP |
| 18. September 2004 | EVP der Schweiz, Aarau: Bettagskonferenz |
| 26. September 2004 | Volksabstimmung |
- weitere Termine unter www.evpppv.ch

BUNDESHAUS

Studer will Fettsteuer

Ein gewaltiges Medienecho ausgelöst hat die Interpellation zur Verminderung von Fettleibigkeit von Heiner Studer. Darin verlangt Studer unter anderem die Prüfung einer Lenkungsabgabe auf besonders gesundheitsschädigenden Produkten.

Für autofreie Tage

In der Märzsession hat Ruedi Aeschbacher drei Interpellationen eingereicht: Erstens fordert der Parteipräsident neue Ansätze für einen Flugfrieden, insbesondere die Plafonierung der jährlichen An- und Abflüge, sowie eine konsequente Nachtflugsperrung von 22 bis 7 Uhr. Zweitens macht Aeschbacher Druck, um die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes und damit die Schaffung von regionalen Naturparks doch noch zu ermöglichen. Schliesslich fragt Aeschbacher den Bundesrat, ob die Kantone autofreie Sonntage auch in eigener Regie einführen könnten oder ob hierzu erst Bundesrecht angepasst werden müsste.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 11. Jahrgang, Nummer 2, April 2004
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP der Schweiz, Joel Blunier

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP der Schweiz, Werner Rieder

EVP der Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 01 272 71 00, Fax 01 272 14 37
info@evpppv.ch / www.evpppv.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Verena Birchler, Joel Blunier (Chefredaktion), Walter Donzé, Niklaus Hari (Redaktion), Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
DZO Druck AG, Oetwil am See, www.dzo.ch

Layout:
Creation AG, Illnau, www.creation.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

KURZ & BUENDIG

Wechsel im Schaffhauser Kantonsrat

Ruedi Flubacher, Kantonsrat der EVP in Schaffhausen, ist per Ende 2003 zurückgetreten. Als Ersatz rückt Alfons Cadario (64), Werkmeister aus Schaffhausen, in den Rat nach.

Ortsgruppe Meikirch

Als 42. Ortsgruppe der EVP des Kantons Bern wurde am 13. März die EVP Meikirch gegründet. Als erste Präsidentin fungiert Anna Benker. Erstes Ziel ist die Teilnahme an den Gemeinderatswahlen im November.

EVP SO gegründet

Ebenfalls am 13. März wurde in Olten die EVP des Kantons Solothurn gegründet. Als Kantonalparteipräsident amtiert der 28-jährige Berufsschullehrer Eric Schenk aus Langendorf. Erstes Ziel ist die Teilnahme an den Kantonsratswahlen 2005 in mindestens zwei Bezirken, wobei der Gewinn von zwei Sitzen gemäss Schenk keineswegs unrealistisch sei.

«Wie lernen wir?»

Am 24. April findet in Aarau die Impulstagung der Frauenkommission der EVP statt. Unter dem Titel «Wie lernen wir? – Sprachen in der Schule» wird Dr. Willi Stadelmann, Direktor der Pädagogischen Hochschule Luzern Erkenntnisse aus der Neuropsychologie weitergeben. Kurzentschlossene sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Schafft es Bürge?

Die EVP Kanton Aargau wird im November erstmals an den Regierungsratswahlen teilnehmen. Mit Grossrat Hans Bürge, Ex-Grossratspräsident und Unternehmer, konnte ein weiterhin bekannter Kandidat gefunden werden, welcher auch im bürgerlichen Lager einige Stimmen holen wird.

WO STEHT DIE EVP?

DIE POLITIK DER MITTE

Wie definiert sich eine Politik der Mitte, wie sie die EVP verfolgen möchte? An der Tagung der Kommunalpolitischen Vereinigung in Köniz hat der Aargauer EVP-Kantonalpräsident Roland Bialek zum Nachdenken über die Identität der EVP angeregt.

VON NIKLAUS HARI

An der diesjährigen Tagung der Kommunalpolitischen Vereinigung vom 17. Januar in Köniz hat der Aargauer EVP-Kantonalpräsident Roland Bialek seine Gedanken mit dem Publikum geteilt, wie sich eine Politik der Mitte definieren könnte.

Schon vor Jahren habe er eine Schrift zum Thema begonnen, dummerweise sei er aber in der Mitte steckengeblieben – nicht ganz zufälligerweise vielleicht. «Der Begriff der politischen Mitte ist unpräzise und analytisch kaum brauchbar», ärgert sich Bialek: «Vielmehr handelt es sich um einen schillernden und fast beliebig einsetzbaren politischen Kampfbegriff.» Umso wichtiger also, dass die EVP weiss, wo sie ihre politische Mitte zu suchen hat.

Bialek erinnert in diesem Zusammenhang an das Gleichnis des Zentralpräsidenten Ruedi Aeschbacher von einem Tischtuch, auf dem die Gedecke der Parteien stehen (vgl. akzente 1/2003). Rutscht das Tischtuch nach rechts, sieht es aus, als hätte sich die EVP nach



Die Werte der EVP: Neben der Freiheit der Rechten...

links verschoben. Dabei ist sie relativ zur Tischplatte am selben Ort geblieben. «Wir wollen uns an

einem besseren Fundament ausrichten, als dem schlüpfrigen Tischtuch», unterstützt Bialek seinen Zentralpräsidenten. Die EVP habe nicht die arithmetische, sondern die gute Mitte zu suchen. Da helfen alle



...und der Gleichheit der Linken...

statistischen Auswertungen vom Abstimmungsverhalten unserer Parlamentarier nicht weiter.

Gott in unserer Mitte

Hinter jeder politischen Ausrichtung steht eine Vision. Für viele Christen stellen die Worte «Gott ist in der Mitte» eine solche Idealvorstellung dar. Wie können wir aber Gott in die Mitte stellen? Diese Vision wurde bereits schon Realität. Schliesslich kam er als Mensch auf die Erde und ist mitten unter uns, wie er uns in der Bibel (Matthäus 18, 20) versprochen hat. Dabei dürfen sich Christen nicht als etwas Besonderes fühlen und über den anderen Menschen schweben: Christsein bedeute mitten in die Gesellschaft hinein zu gehen, fordert Bialek.

Das Doppelgebot der Liebe betont die absolute Liebe zu Gott sowie den Ausgleich zwischen den Mitmenschen und der eigenen Person. «Bei jeder politischen Fragestellung hat man zu überlegen, von welcher Beziehung sie geprägt wird: von jener zu Gott oder jener zu den

Mitmenschen», entwirft Bialek ein mögliches Vorgehen, «So gibt es Grundsatzfragen, wo eine klare Haltung gefordert ist und es gibt Sachfragen, wo der Ausgleich, ein Weg der Mitte, gefunden werden muss.»

Gebot der Brüderlichkeit

Ruft man sich die Grundwerte der Französischen Revolution in Erinnerung, nämlich Liberté, Egalité und Fraternité (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit), so fällt auf, dass die Rechte fast ausschliesslich auf die individuelle Freiheit drängt, während die Linke auf die Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder pocht. Absolute Freiheit und Gleichheit schliessen sich jedoch aus. Sie stehen in einem Konflikt zueinander. Nur die Brüderlichkeit oder besser die Geschwisterlichkeit kann den Widerspruch auflösen und die



...können wir die Brüderlichkeit oder besser die Geschwisterlichkeit einbringen.

Verbindung aller dreier Werte schaffen. Wo bleibt die Geschwisterlichkeit in der heutigen Zeit? «Sie könnten zum Leitfaden der EVP werden, zu einem dritten Weg zwischen den Extrempositionen», meint Bialek, um sogleich festzustellen: «Aber, Geschwister gibt es nur, wo auch ein gemeinsamer Vater existiert.»